Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 122 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 28. Mai 1926

Wirtschaftliche Notwendigkeiten.

Langsam hat die Zahl der Arbeitslosen abgenommen. Viel zu langsam. Aber immerhin kann man feststellen, daß ihre Zahl gegenüber den Höchstgang um 300 000 zurückgegangen ist. Wir wollen das nicht überschätzen, weil die Landwirtschaft nur noch in beschränkten Maße in der Lage ist, Arbeitskräfte aufzunehmen, wenn auch nach ein paar Monaten die Erntezeit eine stärkere Inanspruchnahme des Arbeitsmarktes herbeiführen wird.

Auf der anderen Seite sind die Meldungen über die Lage des Arbeitsmarktes im Rheinland und in Westfalen außerordentlich trübe. Die große Betriebskonzentration im Bergbau, die zum englischen Generalstreik geführt hat, ist ja in Deutschland zum großen Teil schon durchgeführt worden. Wir haben freiwillig darauf verzichtet, soviel von unseren Kohlenschätzen herauszuholen, als uns möglich ist. Aber auf anderen Gebieten der deutschen Industrie erfolgen Stillegungen, Betriebseinschränkungen und damit Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen. Es nutzt nichts, darüber sich zu erregen. Wir können nicht deutsche Industriezweige, die nicht in der Lage sind, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuhalten, nach englischem Muster durch Staatszuschüsse wettbewerbsfähig machen. In England hat man auf die immer noch streikenden Bergarbeiter einzuwirken versucht durch die Ankündigung, Deutschland werde den Kohlenexport durch Prämien unterstützen. Daran ist nicht zu denken, um so weniger, als wir am englischen Beispiel gesehen haben, wohin die Erhaltung einer Industrie durch Zuhilfenahme der öffentlichen Mittel führt.

Betriebskonzentration ist vor allem die Bildung des neuen Rheinmontantrustes. Diese Konzentration wird nicht davor zurückschrecken, unrentabel arbeitende Werke abzustoßen, sie also stillzulegen. Der Regierungspräsident König-Arnsberg hat in einer Delegiertenversammlung des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter darauf hingewiesen, daß in der Stillegungsaktion der Höhepunkt noch nicht erreicht sei. Er glaubt genötigt zu sein, sogar das Phönix-Werk in Hagen stillegen zu lassen, und teilte mit, daß auch eine ganze Reihe anderer großer Werke zu Betriebseinschränkungen schreiten müsse. Es nutzt nichts, wenn man sozialpolitische Bedenken demgegenüber geltend macht. Es nutzt nichts, wenn man an jenen Artikel in der Verfassung erinnert, der jedem Deutschen das Recht auf Arbeit zuspricht. Darüber schreitet die Wirtschaftsentwicklung des Weltmarktes hinweg. Nur mit Mühe ist es ermöglicht worden, den Angestellten jener Werke, die sich zum Rheinmontantrust zusammengeschlossen haben, die Aufkündigung ihrer Stelle für das erste zu ersparen.

Die von einigen Seiten verbreitete Behauptung, daß die Unternehmungen aus klassenkämpferischen Interessen heraus ihre gefährdete Stellung auf Kosten der Arbeiterschaft zu retten versuchen, läßt sich nicht halten. Die deutsche eisenschaffende Industrie ist seit länger als einem Jahre bemüht, vernünftige Verhältnisse auf dem Eisen- und Stahlmarkt zu schaffen, weil die französische Valutaunterbietung normale wirtschaftliche Beziehungen seit Jahren zerschmettert. Ein internationales Eisenschienenkartell zu vereinbaren, wie es vor dem Kriege bestand, ist schon gelungen. Und zurzeit finden in Paris zwischen der französischen und der deutschen Eisenindustrie wieder einmal Verhandlungen statt, die zumindest erreichen wollen, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie nicht mehr genötigt ist, bis zu 50 % ihrer Produktionsmöglichkeit abzudrosseln. Das Ziel dabei ist vor allem, die Eisen- und Stahlbedürfnisse der deutschen Wirtschaft durch die deutsche Produktion zu befriedigen, wozu wir durchaus imstande sind. Selbstverständlich muß das zu einem Preise geschehen, der die Selbstkosten deckt. Aber ebenso selbstverständlich soll das nicht geschehen dadurch, daß man wirtschaftlich unrentabel arbeitende Werke erhält, sondern auch in der Eisen- und Stahlindustrie müssen wir den Weg gehen, den die Kohlenindustrie beschritten hat: Ausschaltung und Stillegung aller jener Betriebe, die infolge erhöhter Selbstkosten die Weltkonkurrenz nicht mitmachen können.

Der Weg ist ein schwerer und ist für das Einzelschicksal oft genug auch ein schmerzlicher. Aber Deutschland ist in diesen Kampf der Weltkonkurrenz hineingestellt. Es gilt, das Leben der Gesamtheit zu erhalten.

Arbeitsloses Einkommen.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

In den Vorberatungen im Reichswirtschaftsministerium über die künftigen Sätze der Arbeitslosenrente, — an denen Vertreter der beteiligten Kreise unseres Volkes teilgenommen haben, — hat man viel über die innere Berechtigung jeder Art von Erwerbslosenunterstützung gesprochen. Die Ansicht, die man immer wieder hört, als sei Erwerbslosigkeit ein strikter Beweis entweder von Faulheit oder von Untüchtigkeit, hält ernster Kritik nicht stand. Es dürfte wenige geben, die nicht in ihrer Verwandtschaft oder Bekanntschaft Personen haben, die trotz ehrlichen Arbeitswillens und auch trotz unleugbarer beruflicher Tüchtigkeit keinen angemessenen Wirkungskreis und damit auch kein entsprechendes Einkommen finden können. Was aber bei der Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung und später bei der Arbeitslosenversicherung unter allen Umständen verhindert werden muß, ist, daß Erwerbslosigkeit, — d. h. der Bezug einer Arbeitslosenrente, — als ein „Beruf" aufgefaßt wird, den man nicht so bald aufzugeben braucht. Arbeitslosigkeit muß vielmehr immer als ein Uebel, und der Bezug einer Arbeitslosenrente muß als ein Notbehelf aufgefaßt werden, der so schnell wie möglich entbehrlich gemacht werden muß.

Sieht man sich um, wo es solche berufsmäßige Arbeitslose gibt, so findet man, daß sie durchaus nicht durchweg aus den Schichten der Arbeitnehmer stammen. Es gibt auch unter den Besitzenden viele, die zwar ein ausreichendes Einkommen beziehen, die aber ihre Zeit nicht mit nützlicher Arbeit füllen. Dies arbeitslose Einkommen steht moralisch auf der gleichen tiefen Stufe wie das Einkommen jenes Arbeiters oder Angestellten, der es mit Geschick versteht, jeder neuen Arbeitsgelegenheit aus dem Wege zu gehen. In jener Zeit wie jetzt darf es in Deutschland keinen Arbeitsfähigen geben, der es vorzieht, sich von Renten zu ernähren, die andere für ihn erarbeiten müssen! Es spielt dabei keine Rolle, ob der Betreffende das Einkommen aus eigenem Vermögen oder aus öffentlichen Kassen bezieht. — Mit dieser Charakterisierung gewisser wohlhabender Faulpelze ist nichts gegen die Grundlage unserer ganzen Wirtschaft, d. h. gegen das Privateigentum gesagt. Alle Nichtsozialisten sind der Ueberzeugung, daß es kein anderes ausreichendes Antriebsmittel für Fleiß, Tüchtigkeit und Findigkeit gibt als das Gefühl, daß das Erarbeitete den nächsten Familienangehörigen zugute kommen soll. Das Privateigentum darf aber nicht dazu führen, einen Teil der in der Menschheit oder in einem Volke verfügbaren Arbeitskräfte stillzulegen und dadurch nicht das Höchstmaß an Gütern und Daseinsmöglichkeiten zu erreichen, das sich bei dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik erzielen läßt. Die Bezieher arbeitslosen Einkommens in den besitzenden Kreisen geben den radikalen Umstürzlern immer wieder Gelegenheit, die Massen zu Neid und Klassenhaß aufzuhetzen. Wir wollen die Arbeitslosenrente in den Kreisen der Besitzlosen zu einem kurzlebigen Uebel, in den Kreisen der Besitzenden zu einer seltenen und allgemein verabscheuten Ausnahme werden sehn!

Französische Gehässigkeiten gegen Deutschland.

Schluß des Marokkokrieges.

Abd-el-Krim in französischer Gefangenschaft.

Abd-el-Krim ist in den französischen Linien eingetroffen und sofort nach Tazal weitergeleitet worden. Der Oberbefehlshaber der französischen Marokkotruppen, General Boichut, hat nach einer Agenturmeldung aus Fes Weisung erteilt, Abd-el-Krim, wenn er sich in den französischen Linien einstellt, so zu empfangen, wie man einen besiegten Feind empfängt, der Beweise von militärischen Fähigkeiten gegeben hat. Nach einer Meldung des „Petit Parisien" wird Abd-el-Krim, ehe er sich in sein Exil begibt, vielleicht gezwungen sein, sich dem Sultan von Marokko in seiner Hauptstadt Fes zu unterwerfen, dem Sultan, dem Souverän, gegen den er noch mehr als gegen die Franzosen und Spanier die Rebellion im Rifgebiet organisiert hat. Dieser Schritt wird Abd-el-Krim bei seinem Hochmut gewiß nicht leichtfallen. Es steht noch nicht fest, welchen Wohnsitz man dem geschlagenen Emir anweisen wird.

In Madrid und Paris herrscht Siegesjubel. Die Pariser Presse begrüßt mit tiefer Genugtuung in großen Lettern und ausführlichen Kommentaren die Kapitulation Abd-el-Krims. Allgemein wird anerkannt, daß mit der Unterwerfung desjenigen Mannes, der sich vor kurzem noch den Titel „Sultan von Algier" beigelegt habe, der Krieg im Rif zu Ende sei. Ohne den führenden Kopf seien die Rifleute nur noch eine „Staubwolke wilder Stämme". Darüber hinaus wird aber die große moralische Bedeutung der Kapitulation Abd-el-Krims für das französische Prestige in Nordafrika und in der gesamten muselmanischen Welt kräftig unterstrichen.

Die Lage in Spanisch-Marokko ist noch ungeklärt, da einige Stämme noch den Widerstand fortsetzen wollen. Es ist daher leicht möglich, daß die Kämpfe in dieser Zone fortgeführt werden.

*

Paris, 27. Mai. Der „Matin" fühlt sich heute verpflichtet, bei der Kommentierung des französischen Sieges eine heftige Attacke gegen Rußland und Deutschland zu reiten. Berlin und Moskau, so erklärt der „Matin", hätten auf Abd el Krim stolze Hoffnungen gesetzt, die man selbst in diesen Tagen der Freude und des Ruhmes nicht gänzlich vergessen dürfe. So groß auch die Schuld Abd el Krims sei, er könne auf Frankreichs Großmut rechnen. Aber vergeben bedeute nicht vergessen. Frankreich müsse sich stets der verdächtigen Verhandlungen zwischen Abd el Krim und Bolschewisten und Pangermanisten erinnern, die haßerfüllt eine Schwächung, wenn nicht gar den Untergang Frankreichs in Marokko gewünscht hätten. Frankreich müsse sich vor Augen halten, aus welchen Quellen der Rissührer das Geld und die Waffen geschöpft habe, die das Leben so vieler junger Franzosen gekostet hätten (!). Unrichtige Behauptungen bringt auch der „Petit Parisien". Der Berliner Korrespondent dieses Blattes, Loutre, übermittelt seinem Blatte folgende Meldung: Die Waffenstreckung Abd el Krims hat in Deutschland ein Gefühl tiefer Enttäuschung hervorgerufen. Die Presse der Rechten feiert ihn als einen Mann, der Afrika vom französischen Joch befreien sollte, und sie schreibt, daß er militärisch nicht besiegt worden ist. Man fragt sich in Berlin, was aus den deutschen Generalstabsoffizieren werden solle, die den Kampf der Kabylen gegen Spanien und Frankreich leiten. (!) Es ist nötig, hervorzuheben, daß diese Behauptungen des Berliner Korrespondenten des „Petit Parisien" der Wahrheit widersprechen. Niemals haben deutsche Blätter in dem Sinne geschrieben, daß Afrika vom französischen Joch befreit werden müßte.

Newyorker plattdeutsche Vereine beim Reichspräsidenten

Mittler zwischen der alten und der neuen Heimat.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine größere Abordnung des Plattdeutschen Volksfestvereins und der 82 Plattdütschen Vereene von Newyork und Umgegend als Vertreter der etwa 600 Mitglieder dieser Vereine, die sich zurzeit auf einer Deutschlandreise befinden. Die Abordnung war von Vorstandsmitgliedern des Plattdütschen Vereens Bremen und dem Bremer Gesandten in Berlin, Senator Dr. Nebelthau, begleitet.

Der Präsident des Plattdütschen Vereens Newyork, Herr Klaus Oeljen, richtete an den Reichspräsidenten in plattdeutscher Mundart eine Ansprache, in der er hervorhob, daß es in ganz Amerika wohl keinen Deutschen gebe, der nicht zum Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall die größte Liebe und Verehrung habe, da sich in ihm die deutsche Kraft und die deutsche Treue verkörpern. Ihre größte Freude sei, dem Kriegs- und Volkshelden von Hindenburg die Hand drücken und ins Auge sehen zu dürfen.

Nachdem die Abordnung dem Reichspräsidenten ein Andenken überreicht hatte, dankte Hindenburg für die Begrüßung und gedachte mit besonderer Anerkennung der Hilfe der Deutschamerikaner während der Notzeit des deutschen Volkes. Der Reichspräsident sprach die Hoffnung aus, daß der Besuch in Deutschland mit dazu beitragen möge, Mittler zwischen der alten und der neuen Heimat zu sein und die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu vertiefen und auszubauen.

Angriffe gegen die preußische Regierung.

Nachklänge zu den Haussuchungen.

In der Bürgerschaftssitzung der Freien und Hansestadt Lübeck wurde ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann, der vom Amtlichen Preußischen Pressedienst als Reichskanzler nach einem Putsch genannt wurde, mit einfacher Mehrheit, und zwar mit 43 gegen 33 Stimmen, angenommen. Für den Antrag stimmten die Demokraten (mit einer Ausnahme) sowie die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Nach der Lübecker Verfassung ist eine nochmalige Abstimmung erforderlich, die bei einfacher Stimmenmehrheit endgültig die Annahme des Antrages ergibt. Bürgermeister Dr. Neumann gab in der Sitzung eine Erklärung ab, daß er trotz seiner Einstellung nach rechts nur eine Politik der Sammlung aller Parteien befolge und alle Putschpläne stets auf das energischste abgelehnt habe. Wie in der Bürgerschaftssitzung weiter mitgeteilt wurde, ist der lübeckische Gesandte in Berlin im Auftrag des Senates bei der preußischen Regierung vorstellig geworden, weil die Veröffentlichung der Anschuldigungen gegen Bürgermeister Dr. Neumann ohne vorherige Benachrichtigung des Lübeckischen Senats erfolgt sei. Der preußische Ministerpräsident habe daraufhin erklärt, es tue ihm leid, den Senat in Lübeck übergangen zu haben. Die Unterlassung der Benachrichtigung habe sich aus der Eile ergeben. In Zukunft werde aber eine vorhergehende Verständigung mit dem Lübeckischen Senat nicht versäumt werden.

In der Sitzung des rheinischen landwirtschaftlichen Genossenschaftstages in Köln ging der Präsident der Landwirtschaftskammer Bonn, Freiherr von Lüninck, auf die jüngst auch bei ihm vorgenommenen ergebnislos verlaufenen Haussuchungen näher ein. Freiherr von Lüninck erklärte jede Behauptung über irgendeine Beteiligung seinerseits an irgendwelchen Putsch- oder Umsturzbestrebungen als auf frecher, lügnerischer und verleumderischer Grundlage stehend. Er verlange, daß man entweder die Verdächtigungen beweist oder wenigstens den Mund hält. Geschehe dies nicht, so treffe der Vorwurf der Lüge und der Verleumdung in

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF